

„Bundesweit beispiellos und vorbildlich“

Jasmin Azazmah, Martin Link,
Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

700 Teilnehmer*innen diskutierten bei der Flüchtlingskonferenz die künftige Landesflüchtlingspolitik

Am 9. November 2016 fand, nach der ersten vom Mai 2015 in Kiel, die zweite Flüchtlingskonferenz der Landesregierung Schleswig-Holstein, diesmal in der Lübecker Musik- und Kongresshalle (MuK), statt.

Anlässlich der Flüchtlingskonferenz 2016 gibt die Landesregierung Schleswig-Holstein das Papier „Unser Flüchtlingspakt: Wir gestalten den Weg. Für Integration, Teilhabe und Zusammenhalt“ [<http://bit.ly/2fxwLno>] heraus, mit dem die Regierung den im Mai 2015 mit der Zivilgesellschaft geschlossenen Flüchtlingspakt [<http://bit.ly/2fuMTCz>] als fortbestehende Grundlage der künftigen Flüchtlingspolitik ausweist.

Mit der erfolgreich umgesetzten Flüchtlingskonferenz hat die Landesregierung einmal mehr die Gelegenheit genutzt, das selbstverständene humanitäre und auf eine integrationsorientierte Aufnahme von Asylsuchenden im Bundesland ausgelegte flüchtlingspolitische Profil zu schärfen. Mit der breit angelegten Teilnehmer*innenschaft ist es darüber hinaus gelungen, im Interesse heterogener Vernetzung öffentlicher Stellen mit Fachdiensten, Migrant*innenorganisationen und Vertreter*innen der bürgerschaftlich organisierten Zivilgesellschaft für die anstehenden Aufgaben bei Aufnahme und Integration zielführende Konzepte zu diskutieren.

Die Strategie des Landes, im Zuge von Konferenzen regelmäßig zahlreiche relevante Akteur*innen zur fachlich kompetenten und gleichsam politisch engagierten themenspezifischen Zwischenbilanz und zur – bisweilen kontrovers diskutierten – Identifizierung weiter bestehender Handlungsbedarfe zusammenzuführen, ist bundesweit beispiellos und vorbildlich.

Die Integrationsleitlinien der Landesregierung

Die genannte Broschüre enthält u. a. die von der Landesregierung ausgelob-

ten und im Konferenzprogramm durch vom Innenministerium ausgewählte Botschafter*innen vertretenen zehn „Leitlinien der Flüchtlings- und Integrationspolitik in Schleswig-Holstein“ [<http://bit.ly/2fYsQjY>]. Diese beinhalten zu unserem Bedauern allerdings auch die eher an Seehofer-Sprech erinnernde, als die bis dato gepflegte Position Schleswig-Holsteins abbildende Leitlinie „Zuwanderung hat Grenzen“. Die Inszenierung aller zehn Leitlinien als Großpuzzle auf der Konferenzbühne und damit als integriertes Gesamtkonzept, in dem kein Thema für sich allein stehe und nur im Gesamtkunstwerk zur Geltung käme, vereinnahmt somit alle Botschafter*innen für alle Leitlinien.

Der Flüchtlingsrat bedauert, dass die Konferenzregie auf diese Weise mittelbar über die Präsentation der Leitlinien als Einheit – die zugegeben fast alle zielführende Politikstrategien formulieren – die Externalisierung von Flüchtlingen als gemeinsames Anliegen suggeriert.

Grünbuch 1.0

Bereits im Vorfeld hatte ein Arbeitskreis von Expert*innen aus der Migrationsarbeit und Flüchtlingshilfe das „Grünbuch 1.0“ [<http://bit.ly/2fxwXD8>] pünktlich zur Flüchtlingskonferenz herausgegeben, das eine differenzierte Ist-Analyse liefert und flüchtlingspolitische Handlungsbedarfe identifiziert. Aus der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Fachlichkeit ist mit dem „Grünbuch 1.0“ eine Blaupause für eine innovative und adäquate Landesflüchtlingspolitik in die Fachdebatte eingeführt worden und sollte von den für die künftige Flüchtlingspolitik verantwortlichen Entscheidungsträger*innen angemessene Berücksichtigung erfahren.



Am Infostand des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e. V.

Das am 31. Oktober 2016 der Staatssekretärin im Kieler Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten überreichte „Grünbuch 1.0“ [<http://bit.ly/2gb48KU>] identifiziert zudem Maßnahmen gegen wieder einmal verstärkt auftretenden Rassismus und vielgestaltige Flüchtlingsfeindlichkeit als zentrale Aufgabe sowohl der politischen Klasse wie auch der Zivilgesellschaft. Es deckt sich hierin mit den diesbezüglichen Ansagen in der Ansprache, die Ministerpräsident Torsten Albig zur Eröffnung der Flüchtlingskonferenz am 9. November gehalten hat.

Afghanistan-Demo

Auf der Konferenz war der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein mit einem großen Infostand vertreten. Dort hat er seine Arbeit und die Integrationsprojekte von Netzwerkpartner*innen vorgestellt sowie Infomaterialien und Publikationen – darunter die ebenfalls zur Flüchtlingskonferenz vorgelegte Broschüre des Fachpremiums „Geflüchtete Frauen und Kinder“ [<http://bit.ly/2gnQhUr>] – verbreitet.

Zentrales Thema an dem von Konferenzteilnehmer*innen intensiv fre-

quentierten Infostand war außerdem die seitens des Bundes geplante Rückführung afghanischer Flüchtlinge und die einem solchen Ansinnen entgegenstehende allerhöchst prekäre Lage in ihrem Herkunftsland. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein hatte anlässlich der Flüchtlingskonferenz bereits mit seiner Presserklärung vom 8. November [<http://bit.ly/2gmH0lx>] auf die Lage in Afghanistan aufmerksam gemacht und zur Teilnahme an der Afghanistan-Kundgebung Lübecker Initiativen am 9. November vor dem Konferenzort aufgerufen.

Gemeinsam mit Landespolizeidirektor Joachim Gutt, dem Oberbürgermeister der Stadt Norderstedt Hans-Joachim Grote und dem Integrationsbevollmächtigten der Landesregierung Norbert Scharbach nahm Martin Link für den Flüchtlingsrat am Konferenzforum „Gesellschaft im Wandel – Willkommenskultur in Gefahr?“ teil. Mit dem „Grünbuch 1.0“ und der Afghanistan-Kundgebung vor der MuK teilt die Runde leider das Schicksal, in der online-Konferenzdokumentation des Landes [<http://bit.ly/2feNuNE> – Stand 24.11.2016] unerwähnt zu bleiben.